



der Regierungschef vom Parlament gestürzt wird oder eine vorzeitige Auflösung des Parlaments (bzw. der ersten Kammer) nötig erscheint.

In der V. französischen Republik dagegen gilt die Wahl des Staatspräsidenten als eine besonders wichtige Entscheidung, die schon längere Zeit vorher nicht nur die politische Klasse, sondern auch eine breitere Öffentlichkeit interessiert. Als Grund gilt der ganz eigene, semipräsidentielle Charakter des Regierungssystems.<sup>3</sup> Mit diesem Begriff soll der zwiespältige Charakter der V. Republik erfasst werden. Verfassungsrechtlich gehört sie zum Typ des parlamentarischen Regierungssystems: Die Exekutive ist auf zwei Personen aufgeteilt (Staats- und Regierungschef), der Regierungschef ist gegenüber dem Parlament<sup>4</sup> politisch verantwortlich und das Parlament kann aufgelöst werden. Politisch unterscheidet sich die V. Republik von anderen parlamentarischen Systemen dadurch, dass in der »lebenden Verfassung« der Staats-, nicht der Regierungschef die zentrale politische Figur ist. Er bestimmt de facto die Richtlinien der Politik, während der Regierungschef nur als sein wichtigster, ihm untergeordneter Mitarbeiter gilt.<sup>5</sup> Er ist nur der zweite Mann an Bord (so de Gaulle).

Diese von Charles Gaulle, dem ersten Amtsinhaber (1958-1969), begründete Verfassungspraxis haben alle seine Nachfolger fortgesetzt, auch wenn sie vor ihrem Amtsantritt, in der Opposition, diese Praxis scharf kritisiert hatten.<sup>6</sup> Die Zeiten der Kohabitation,<sup>7</sup> als der Präsident einerseits, die Mehrheit der Nationalversammlung andererseits entgegengesetzten politischen Lagern angehörten, haben jedoch gezeigt, dass auch eine andere, gouvernemental-parlamentarische Praxis möglich ist, die dem Wortlaut der Verfassung in stärkerem Maße entspricht als die präsidentialistische. Seit der Reduzierung der Amtszeit des Präsidenten von sieben auf fünf Jahre und der Festlegung des Wahltermins der Nationalversammlung auf wenige Wochen nach der Präsidentenwahl ist eine Kohabitation unwahrscheinlich geworden, denn die Wähler haben bisher dem gewählten Präsidenten immer eine Parlamentsmehrheit gegeben. Ganz auszuschließen ist die Kohabitation aber nicht, denn der Präsident kann zurücktreten (de Gaulle 1969) oder während seiner Amtszeit sterben (Pompidou 1974). Da es, anders als in den USA, keinen Vizepräsidenten gibt, muss in diesen Fällen eine Neuwahl des Präsidenten stattfinden. Eine vorzeitige Auflösung der Nationalversammlung durch den Präsidenten kann, wie 1997, ebenfalls zu einer Kohabitation führen.

Die Kohabitationsphasen haben die Grenzen der Macht des Präsidenten aufgezeigt. Es fehlen ihm drei wichtige Kompetenzen: Er ernennt zwar den Premierminister, aber die Kohabitation hat gezeigt, dass er dabei die Mehrheit in der Nationalversammlung

3 Der Begriff wurde von Maurice Duverger erfunden. Von ihm vor allem: *Le système politique français*, Paris 1985 (18. Aufl.). Vergleichend: Ders., *Echec au roi*, Paris 1978.

4 Mit Parlament ist im Folgenden nur die erste Kammer, die Nationalversammlung, gemeint.

5 Präsident Sarkozy hatte den seinerzeitigen Premierminister François Fillon (2007-2012) denn auch so genannt.

6 François Mitterrand, *Le coup d'Etat permanent*, Paris 1964.

7 Diese Phasen bestanden zwischen 1986 und 1988, 1993 und 1995 und von 1997 bis 2002. In den ersten beiden Phasen standen sich der sozialistische Präsident François Mitterrand und eine rechte Parlamentsmehrheit gegenüber, in der dritten der gaullistische Präsident Jacques Chirac und eine linke Parlamentsmehrheit.



vember 1962 zu Absprachen mit der SFIO (so der damalige Name der sozialistischen Partei). Mit einem Zugewinn von nur 2,5 Prozentpunkten vervierfachte die PCF die Zahl ihrer Abgeordneten (von 10 auf 41). Auch die SFIO profitierte vom Wahlbündnis: Mit einem geringfügigen Stimmenzuwachs gewann sie 23 zu den bisherigen 44 Abgeordneten hinzu. Dagegen wurden die Parteien der Mitte (MRP und »modérés«), die weder mit den Gaullisten noch mit der Linken zusammengehen wollten, in ihrer parlamentarischen Repräsentation erheblich reduziert.<sup>12</sup>

Fast alle Parteien zogen aus dieser Erfahrung ihre Lehre und bemühten sich bei den folgenden Parlamentswahlen um Wahlabsprachen für den zweiten Wahlgang. Die Folge war, dass sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung im zweiten Wahlgang meist nur ein Kandidat des linken und einer des rechten Lagers gegenüberstanden. Kandidaten von Parteien, die sich keinem der beiden Lager anschließen wollten oder konnten, hatten nur geringe Chancen, den zweiten Wahlgang zu erreichen. Die Wahlkreise mit drei Kandidaten (»triangulaires«) gingen entsprechend zurück.<sup>13</sup> Das Wahlsystem übte einen starken Druck auf die Parteien der Linken aus, ihre Differenzen zurückzustellen und zumindest zu Wahlabsprachen zu kommen.

Der Aufstieg der Sozialisten wurde begünstigt durch das Abschneiden Mitterrands bei den Präsidentenwahlen 1965. Obwohl noch nicht Mitglied der Partei, aber von ihr unterstützt, erreichte er bei der erstmals durchgeführten Direktwahl im Dezember 1965 gegen de Gaulle überraschend die Stichwahl. Die Präsidentenwahl 1965 ließ auch bereits gut erkennen, dass Bemühungen, die die gemäßigte Rechte und die gemäßigte Linke zu einer großen Partei der Mitte zusammenführen wollten, auf große Schwierigkeiten stießen, dass sie letzten Endes zum Scheitern verurteilt waren. Die »große Föderation« zwischen den Christdemokraten des MRP und den Sozialdemokraten der SFIO scheiterte auch daran, dass das Wahlsystem die beiden Parteien in eines der beiden Lager zwang, zu dem sie aufgrund der Orientierung der Mehrheit ihrer Wählerschaft gehörten. Die Parteiführungen konnten sich darüber nicht hinwegsetzen.

Als sich die Sozialisten 1971 umorganisierten, trat Mitterrand der neuen Partei (PS) bei und wurde sofort ihr Vorsitzender. Bei der Präsidentenwahl im Mai 1974 unterlag er nur knapp gegen Valéry Giscard d'Estaing. Zwar verfehlten die Linksparteien infolge des Streits um die Aktualisierung des gemeinsamen Regierungsprogramms die Mehrheit bei den Parlamentswahlen im März 1978, aber die sozialistische Partei wurde nun erstmals seit 1945 stärker als die PCF. Die Umkehr des Stärkeverhältnisses der beiden linken Parteien trug wesentlich dazu bei, dass bei der Präsidentenwahl sowie der nachfolgenden Parlamentswahl 1981 der Machtwechsel möglich wurde. Einen wirkli-

12 Die Christdemokraten (MRP) gingen von 11,1% auf 8,9% zurück, ihre Fraktion von 57 auf 36 Abgeordnete. Die gemäßigte Rechte (modérés) verlor sowohl an Stimmen (von 15,3% auf 9,6%) wie an Sitzen (von 133 auf 59) erheblich, vorwiegend an die Gaullisten.

13 Bei den Parlamentswahlen 2012 waren im zweiten Wahlgang 46 »triangulaires« möglich. Um die Wahl von FN-Kandidaten zu verhindern, kam es zu Absprachen zwischen linken und rechten Kandidaten (»discipline républicaine«), so dass es tatsächlich nur in 34 Wahlkreisen zu »triangulaires« kam, davon 32 mit FN-Kandidaten. Nur zwei von ihnen wurden gewählt.

chen Machtwechsel zwischen der Rechten und der Linken hatte es in der IV. Republik nicht gegeben.

Ein reines Zweiparteiensystem entwickelte sich zwar nicht, denn es gab immer mehr als zwei Parteien, die in einzelnen Wahlkreisen Hochburgen hatten, sodass ihre Kandidaten ins Parlament einziehen konnten. Einige Parteien erreichten sogar in Fraktionsstärke, oft mit Hilfe des großen Bündnispartners. Die durch das Mehrheitswahlsystem bewirkte Links-Rechts-Polarisierung blieb aber die Grundstruktur des Parteiensystems. Die Arbeitsweise der Nationalversammlung, vor allem das häufige Stellen der Vertrauensfrage und das Einbringen eines Misstrauensvotums<sup>14</sup> zwangen die Fraktionen, sich für oder gegen die Regierung auszusprechen. Diese Verfahren trugen dazu bei, dass die bipolare Struktur und Stabilität auch auf der parlamentarischen Ebene erhalten blieb. Folglich fand nur ein Misstrauensantrag eine Mehrheit, am 4. Oktober 1962, als sich das neue Parteiensystem noch nicht ausgebildet hatte. Die dem Misstrauensvotum folgende Auflösung der Nationalversammlung und die Wahlen vom 18. und 25. November, bei denen die Gaullisten mit ihrem Bündnispartner die absolute Mehrheit der Mandate gewannen, war ein entscheidender Schritt zur Ausprägung des neuen, bipolaren Parteiensystems.

Die häufigen Regierungskrisen, die die III. und IV. Republik gekennzeichnet hatten, gab es nun nicht mehr. Ein Wechsel im Amt des Regierungschefs bei Fortbestehen der Koalition war damit nicht vergleichbar. Die drei Kohabitationsphasen mit entgegengesetzten Mehrheiten zwischen dem Präsidenten und der Nationalversammlung störten zwar die »Harmonie« innerhalb der Exekutive, brachten aber nicht die gouvernementale Instabilität zurück. Es gab sogar in keiner dieser drei Phasen einen Wechsel im Amt des Premierministers. Die vorzeitigen Auflösungen der Nationalversammlung hatten als Ursache eine allgemeine gesellschaftliche und politische Krise (1968) oder das Bestreben des Präsidenten, eine Mehrheit in der Nationalversammlung zu erhalten (1988) beziehungsweise einen Zeitpunkt zu wählen, der politisch günstiger erschien als der normale Wahltermin (1997).<sup>15</sup>

Ist in der Häufung von Wahlterminen ein Zeichen für politische Instabilität zu sehen? In den 40 Jahren zwischen 1962 und 2002 fanden sieben Präsidenten- und elf Parlamentswahlen mit je zwei Wahlgängen statt. Nimmt man noch die acht Referenden hinzu, so wurden die Franzosen 44 Mal, also fast jedes Jahr ein Mal, an die Urnen gerufen.<sup>16</sup> Diese Zahlen erwecken den Eindruck von Instabilität, aber hinter ihnen verbirgt sich eine für französische Verhältnisse bemerkenswerte Stabilität: Von 1962

14 Die Vertrauensfrage nach Art. 49 Abs. 1 wurde von den Premierministern bis zum Ende der 14. Legislaturperiode (2016) 38 Mal gestellt. Die Vertrauensfrage in Verbindung mit einer Gesetzesvorlage wurde nach Art. 49 Abs. 3 87 Mal gestellt. Über einen Misstrauensantrag wurde insgesamt 102 Mal abgestimmt, davon 51 Mal über »spontan« von den Abgeordneten nach Art. 49 Abs. 2 eingebrachte und 51 vom Premierminister nach Art. 49 Abs. 3 »provokierte«.

15 Bekanntlich scheiterte Chiracs Vorhaben, denn die Linksparteien gewannen eine Mehrheit und es begann eine fünfjährige, durchaus stabile Kohabitation.

16 Besonders auffallend war die Häufung in den sechziger Jahren: Elf Urnengänge in den Jahren 1962, 1965, 1967, 1968, 1969!

bis 1981 gab es nur Präsidenten und Regierungen der Gaullisten und ihres Koalitionspartners; von 1981 bis 1995 hatte der Sozialist das Präsidentenamt inne; danach bis 2007 der Gaullist Chirac. Seit 2002 wählten die Franzosen nur alle fünf Jahre: erst den Präsidenten und wenige Wochen danach die Nationalversammlung. Es gab sowohl 2007 wie 2012 einen kompletten Machtwechsel zwischen der Linken und der Rechten. Eine Große Koalition nach deutschem Muster hat es in Frankreichs V. Republik bisher nicht gegeben.

Das Wahlsystem und institutionelle Arrangements haben also Stabilität und Machtwechsel herbeigeführt, für eine Demokratie wichtige Faktoren, die den demokratischen Regimen Frankreichs vor 1958 fehlten.

Das überraschende Erreichen der Stichwahl bei der Präsidentenwahl 2002 durch den FN-Kandidaten Jean-Marie Le Pen bedeutete nicht das Aufbrechen der bipolaren Grundstruktur, denn bei der nachfolgenden Parlamentswahl brachte die rechtsextreme, außerhalb des republikanischen Konsenses stehende Partei keinen ihrer Kandidaten in die Nationalversammlung. Wie stark das Parteiensystem vom Wahlsystem abhängig ist, hatte schon die Wahl zur Nationalversammlung 1986 verdeutlicht. Auf Veranlassung des Staatspräsidenten Mitterrand hatte die Nationalversammlung die Einführung der Verhältniswahl beschlossen.<sup>17</sup> Zwar konnten die Gaullisten mit ihren Verbündeten eine knappe Mandatsmehrheit erreichen, aber der FN zog mit 35 Abgeordneten erstmals in Fraktionsstärke in die Nationalversammlung ein. Obwohl prozentual stärker geworden (13,6% im ersten Wahlgang gegenüber 9,8% 1986), kamen infolge des Mehrheitswahlsystems 2012 nur zwei FN-Kandidaten in die Nationalversammlung.

## 2. Die Präsidentenwahl vom 23. April und 7. Mai 2017: Organisation und Vorwahlen

Die durch die Verfassungsänderung vom 2. Oktober 2000 von sieben auf fünf Jahre verkürzte Amtszeit des Staatspräsidenten sowie die Festlegung der Wahlen zur Nationalversammlung wenige Wochen nach der Präsidentenwahl sollten dazu führen, dass die Wähler die Entscheidung, die sie bei der Präsidentenwahl getroffen hatten, bei der Parlamentswahl bestätigen und dem neu gewählten Präsidenten die zur Umsetzung seines politischen Programms nötige parlamentarische Mehrheit geben würden. Diese Annahme wurde durch die Wahlen 2002, 2007 und 2012 bestätigt. Insofern ist nun tatsächlich die Präsidentenwahl die Königswahl.

Im Verständnis de Gaulles sollte die Verfassung der V. Republik die Parteiherrschaft (le régime des partis) der IV. Republik beenden. Folglich musste dafür Sorge getragen werden, dass der Stützpfeiler der neuen politischen Ordnung, das Präsidenten-

<sup>17</sup> Die Einführung der Verhältniswahl stand zwar in den »110 Vorschlägen für Frankreich«, die die PS 1981 beschlossen hatte und die die »Plattform« ihres Präsidentschaftskandidaten bildete, aber durch die Einführung und die damit zu erwartende Schwächung der Gaullisten bei den Wahlen zur Nationalversammlung sollte es Mitterrand ermöglicht werden, im Amt zu bleiben und sich damit eine gute Ausgangsposition für die Präsidentenwahl 1988 zu erhalten. Er gewann diese Wahl gegen Jacques Chirac. Die von der gaullistischen Mehrheit wieder eingeführte Mehrheitswahl behielten Mitterrand und die Sozialisten bei.

amt, ihnen nicht in die Hände fiel. Wenn sie sich des Präsidentenamtes bemächtigten, dann wäre ihnen, so de Gaulle, der Staat wieder ausgeliefert.<sup>18</sup> Ob de Gaulle selbst geglaubt hat, die Parteien würden sich mit der Teilnahme an den Parlamentswahlen begnügen und einen »überparteilichen« Präsidenten akzeptieren? Angesichts der politischen Bedeutung, die de Gaulle selbst dem Präsidentenamt gegeben hatte, war es illusorisch anzunehmen, dass sie nicht auch versuchen würden, das Präsidentenamt zu besetzen. Die Verfassung (Art. 4) weist ihnen (und politischen Gruppierungen) als Aufgabe zu, »bei den Wahlentscheidungen mitzuwirken«. Die Präsidentenwahl ist nicht ausgenommen.

Aber diese »Königswahl«, die sie für de Gaulle war, durfte keinesfalls den Parteien allein überlassen werden. Mit der Ausnahme de Gaulles und seines Nachfolgers Pompidou haben lange Zeit bei der Kandidatur der Präsidenten Parteien eine, allerdings oft nur formale, Rolle gespielt, sei es als Akzeptierung einer quasi-natürlichen Kandidatur des unbestrittenen Führers einer Partei (Giscard d'Estaing 1974), als Bestätigung einer Autoproklamation (als Parteivorsitzender) oder durch eine Investitur durch ein Partei-gremium, meist ohne Gegenkandidaten. Faktisch handelte es sich, bei den Gaullisten bis 2002 einschließlich, um eine Selbstnominierung quasi-monarchischen Typs. Selbst die Wahl Sarkozys am 14. Januar 2007 durch die UMP-Mitglieder nahezu einstimmig (98%) steht noch in dieser Tradition, auch wenn mit dem Mythos gebrochen wurde, wonach die Präsidentenwahl die Begegnung eines Mannes (oder einer Frau) mit dem französischen Volk sein sollte, ohne dass eine Partei dazwischen trat.<sup>19</sup> Auch die Kandidaturen Mitterrands 1974, 1981 und 1988 müssen diesem Typ zugerechnet werden.<sup>20</sup>

Gemäß der gaullistischen Auffassung mussten auch Kandidaturen von außerhalb der Parteien möglich sein. Es hat auch immer wieder parteilose Kandidaten gegeben. Die Kandidaten müssen nicht von einer Partei vorgeschlagen werden und brauchen – theoretisch – auch nicht von ihr unterstützt zu werden. Sie müssen lediglich durch Unterschriften (sie werden 2017 erstmals veröffentlicht) von mindestens 500 Mitgliedern einer gewählten Versammlung – vom Departement bis zur EU – oder von Inhabern eines Wahlamtes (besonders Bürgermeister) aus mindestens 30 verschiedenen Departements unterstützt werden (sog. »parrains«).<sup>21</sup> Jeder dieser »Paten« darf nur einen Kandidaten unterstützen. Da viele dieser potentiellen »Paten« Parteipolitiker sind (am wenigsten die Bürgermeister der vielen kleinen Gemeinden), ist schon in diesem Stadium ein Einfluss der Parteien auf die Auswahl der Kandidaten festzustellen. Bei etwa 42000 potentiellen Unterstützern – allein mehr als 36000 Bürgermeister – ist diese Hürde

18 In einem Fernsehinterview vom 15.12.1965, vor der Stichwahl am 19. Dezember, stellte er folgenden Vergleich an: »On a fait des confessionnaux, c'est pour tâcher de repousser le diable! Mais si le diable est dans le confessionnal, cela change tout!« Charles de Gaulle, Discours et messages. Pour l'effort, 1962-1965, Paris 1970, S. 454 (Taschenbuchausgabe).

19 Allerdings gab es mit dem Premierminister Dominique de Villepin (Mai 2005 bis Mai 2007) lange Zeit einen Mitbewerber. Durch eine ungeschickte Politik verspielte er aber alle Chancen.

20 Vgl. allgemein dazu Christine Pütz, Parteienwandel in Frankreich, Wiesbaden 2004, bes. Tabelle S. 294-297.

21 Entnommen aus: [www.vie-publique.fr/actualite/dossier/presidentielle-2017](http://www.vie-publique.fr/actualite/dossier/presidentielle-2017).

nicht allzu hoch. Sie hat denn auch nicht verhindert, dass sich 2002 16 Kandidaten zur Wahl stellten. Für die Wahl am 23. April und am 7. Mai 2017 haben immerhin 11 Kandidaten, darunter zwei Frauen, eine ausreichende Zahl von »Paten« gefunden.

Nur vier der elf Kandidaten stehen für eine Partei, die im politischen Leben Frankreichs eine Rolle spielt: Marine Le Pen auf der extremen Rechten für den Front National (FN); François Fillon für die konservativ-liberale Partei Les Républicains (LR), in der sich die Gaullisten und Teile der Liberal-Konservativen zusammengeschlossen haben; Benoît Hamon für die sozialistische Partei (PS); Jean-Luc Mélenchon (Gründer der Bewegung La France insoumise), der von den Kommunisten und der Parti de gauche, einer Abspaltung der PS, unterstützt wird. Emmanuel Macron war früher PS-Mitglied (2006 bis 2009), bei seiner Kandidatur aber parteilos. Er kandidierte für die von ihm am 6. April 2016 gegründete Bewegung »En Marche!«, die aber keine politische Partei, sondern ein Verein war.<sup>22</sup> Mitglieder seiner Bewegung durften in anderen Parteien Mitglieder bleiben. Macron wurde aus den Reihen der Sozialisten sowie der politischen Mitte unterstützt.

Bei der diesjährigen Präsidentenwahl haben die Vorwahlen<sup>23</sup> eine besonders große Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Das aus den USA übernommene Verfahren wird in Frankreich seit 2007 praktiziert (mit Veränderungen), wenn auch nicht von allen Parteien bzw. Kandidaten. 1995 kam es bei den Sozialisten zu einer ersten, geschlossenen Vorwahl nur durch die Parteimitglieder, da es zwei Bewerber gab. Durch die Vorwahl wurde also eine innerparteiliche Rivalität geschlichtet. Der Parteivorsitzende unterlag übrigens.

Bei der Wahl 2002 war der sozialistische Kandidat Lionel Jospin im ersten Wahlgang überraschend ausgeschieden, so dass in der Stichwahl der FN-Vorsitzende Jean-Marie Le Pen der Gegner des amtierenden Präsidenten Jacques Chirac war. Die Hauptursache des Scheiterns Jospin war die Zersplitterung der Stimmen des linken Lagers im ersten Wahlgang auf acht Kandidaten.<sup>24</sup> Daraus zogen die Sozialisten die Konsequenz, ihren Kandidaten nun systematisch in Vorwahlen zu bestimmen, möglichst unter Einbeziehung kleiner, mit ihnen verbündeter Parteien. Bei der Wahl 2007 organisierte die PS Vorwahlen, die man als halboffen bezeichnen kann.<sup>25</sup> Der Parteivorsitzende François Hollande kandidierte nicht. Seine (damalige) Lebensgefährtin Ségolène Royal gewann die Vorwahlen, gestützt auf sehr positive Umfragen, mit 60,7%. Da die mit

22 Genauer Name: Association pour le renouvellement de la vie politique. Die Unterscheidung zwischen einer Bewegung u.ä. und einer Partei ist in Frankreich nicht so wichtig, denn auch für die Parteien gilt das Vereinsgesetz von 1901.

23 Vgl. allgemein dazu die No.154 der Zeitschrift POUVOIRS: Les primaires, Paris 2015.

24 Neben den Kommunisten, den Grünen und den Trotzkisten stellten auch die Koalitionspartner der Regierung Jospin, die Linksliberalen (MRG) sowie das Mouvement des Citoyens Kandidaten auf. Schon wenn deren Kandidat Chevènement, der bis 1993 Mitglied der PS war, nicht kandidiert hätte, wäre Jospin mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in die Stichwahl gekommen.

25 Es durften alle Parteimitglieder teilnehmen, auch jene, die per Internet für einen Beitrag von 20€ meist nur wegen der Vorwahl in die Partei eintraten (die die meisten bald wieder verließen).

den Sozialisten eng zusammen arbeitenden Parteien keine eigenen Kandidaten aufstellen, kam Royal mühelos in die Stichwahl. Sarkozy gewann sie gegen Royal.

Während der amtierende Präsident für seine neogaullistische Partei (UMP) für die Wahl 2012 als der natürliche Kandidat galt, organisierte die sozialistische Partei wieder Vorwahlen. Sie standen nun allen wahlberechtigten Bürgern offen (daher der Name »primaires citoyennes«), wenn sie eine Charta der Linken unterschrieben und 1€ bezahlten. François Hollande setzte sich gegen die Parteivorsitzende Martine Aubry durch. Die Präsidentenwahl gewann Hollande gegen Sarkozy.

2017 gab es drei Vorwahlen. Alle endeten mit überraschenden, die Vorhersagen widerlegenden Ergebnissen. Die Grünen (EELV) organisierten ihre Vorwahlen am 10. Oktober und am 7. November 2016. Nicht Cécile Duflot, die frühere Parteivorsitzende (2006–2012), Ministerin (2012–2014) und Europaabgeordnete gewann sie, sondern der Europaabgeordnete Yannick Jadot. Nachdem Benoît Hamon vom linken Flügel der PS, für Umweltfragen aufgeschlossen, die Vorwahl seiner Partei gewonnen hatte, zog Jadot seine Kandidatur zurück und unterstützte nun den PS-Kandidaten.

Die Rechten, im Wesentlichen die (Neo)Gaullisten, die sich anlässlich der Präsidentenwahl 2002 als UMP organisiert hatten und sich seit 2015 »Die Republikaner« nennt, sowie Teile der rechten Mitte (die frühere Giscard-Partei UDF), führte erstmals offene Vorwahlen durch. Sie fanden am 20. und 27. November statt. Wer sich beteiligen wollte, musste in die Wählerlisten eingetragen sein, sich zu den »republikanischen Werten der Rechten und der Mitte« bekennen und 2€ bezahlen (für jeden der beiden Wahlgänge). Es traten sieben Bewerber an. Jeder der Kandidaten musste 250 Unterschriften von Inhabern eines Wahlamtes sowie die Unterstützung von 2500 Parteimitgliedern vorweisen. An den beiden Wahlgängen beteiligten sich jeweils 4,3 Millionen Bürger. Die Stichwahl gewann nicht Alain Juppé, den die Umfragen ursprünglich vorn gesehen hatten, sondern François Fillon mit deutlichem Vorsprung (66,5%). Juppés liberaler Kurs, mit dem er auch Wähler der Mitte gewinnen wollte, war den Sympathisanten der konservativen Rechten offenbar zu lau, versprach keinen wirklichen Kurswechsel.

Da der amtierende Präsident François Hollande aufgrund sehr schlechter Umfragewerte und wegen Uneinigkeit der sozialistischen Partei über seine eventuelle Kandidatur erklärt hatte, für die nächste Wahl nicht mehr anzutreten, führten die Sozialisten mit einigen kleinen verbündeten Parteien – als »La Belle Alliance Populaire« – ihre ebenfalls offenen Vorwahlen am 22. und 29. Januar 2017 durch. Teilnehmen durfte, wer in die Wählerlisten eingetragen war oder am ersten Wahlgang der Präsidentenwahl 18 Jahre alt wäre. Ähnlich wie 2012 mussten die Wähler einen Euro bezahlen (diesmal für jeden der beiden Wahlgänge) und einen Text unterschreiben, dass sie sich zu den Werten der Linken bekennen. Die Kandidaten der PS (es waren vier) mussten von mindestens 5% eines Kollegiums unterstützt werden, das sich aus Mandatsträgern der Partei oder Mitgliedern des Conseil National zusammensetzte. Auch diese Vorwahlen, an denen sich insgesamt sieben Kandidaten beteiligten, endeten mit einer Überraschung. Es gewann nicht der ehemalige Premierminister Manuel Valls vom rechten Parteiflügel, der mit seiner kantigen Persönlichkeit in der Partei nicht sonderlich beliebt ist, sondern Benoît Hamon, der dem linken Flügel angehört.

Die Vorwahlen sind eine geeignete Methode, um innerparteiliche Rivalitäten zu schlichten und mit nur einem Kandidaten anzutreten, möglichst für mehr als eine Partei. Sie mögen auch durch die Beteiligung von Millionen von Bürgern und die damit verbundenen öffentlichen Debatten als ein demokratischer Gewinn erscheinen im Vergleich zur Beschränkung der Entscheidung auf einige Tausend Parteimitglieder oder nur auf die Parteiführung im viel gescholtenen Hinterzimmer. Allerdings geben die Parteien mit der Auswahl der Kandidaten für das wichtigste politische Amt und teilweise mit der Formulierung des Wahlprogramms wichtige Vorrechte aus der Hand. Wird nicht die möglicherweise besser begründete Entscheidung der Parteimitglieder oder der Parteiführung ersetzt durch die Stimmungen der Öffentlichkeit?<sup>26</sup> Aber auch mit offenen Vorwahlen üben die Parteien, gegen de Gaulles Absicht, weiterhin den beherrschenden Einfluss aus.

Marine Le Pen, die Parteivorsitzende des rechtsextremen Front National und Europaabgeordnete (seit 2004), trat, wie schon 2012, ohne Vorwahl durch die Partei als gewissermaßen »natürliche« Kandidatin an. 2012 kam sie mit 17,9% auf den dritten Platz. Der Europaabgeordnete Jean-Luc kam Mélenchon kandidierte für die von ihm ins Leben gerufene Bewegung »La France insoumise« (Das Frankreich, das sich nicht unterwirft). Er war früher Mitglied der PS, trat 2008 aus und gründete 2009 die Linkspartei (Parti de gauche), übrigens in Anwesenheit von Oskar Lafontaine. Bei der Präsidentenwahl 2012 trat er für die »Linksfront«, einem Bündnis der Linkspartei und der KPF, an und erreichte mit 11% den vierten Platz. Die Mitglieder der kommunistischen Partei sprachen sich diesmal mit 53,6% dafür aus, ihn zu unterstützen und auf einen eigenen Kandidaten der Partei zu verzichten.<sup>27</sup>

Wie erwähnt, trat diesmal mit Emmanuel Macron ein ernst zu nehmender parteiloser Politiker an.<sup>28</sup> Aus einer bürgerlichen Familie stammend (Arztehepaar), hat er den Parcours für die Angehörigen der französischen Elite absolviert: Abitur an einem Lycée in Paris, Science Po, ENA mit sehr gutem Abschluss, Inspection des Finances. Von dieser Schlüsselbehörde der französischen Staatsverwaltung wechselte er in die Privatwirtschaft und wurde Investmentbanker (und Millionär) bei der Rothschildbank. Danach zog es ihn in die Politik. Er war von 2006 bis 2009 PS-Mitglied und während Hollandes Präsidentschaft zunächst stellvertretender Leiter des Präsidialamtes und danach von August 2014 bis August 2016 Minister für Wirtschaft, Industrie und Digitalisierung. Er stand für einen neuen, unternehmerfreundlicheren Kurs der Wirtschaftspolitik Hollandes. Im April 2016 gründete er die Bewegung »En Marche!«. Am 16. November 2016 gab er seine von den Parteien unabhängige Kandidatur

26 Besonders deutlich bei den Sozialisten 2007, als Royal, »die Madonna der Umfragen«, sich gegen die von der Parteiführung favorisierten Kandidaten durchsetzte.

27 Damit desavouierten sie ein Votum der Conférence nationale (535 Mitglieder, die Kader der Partei), die sich für einen eigenen Kandidaten ausgesprochen hatte. Die Parteiführung (secrétariat national) hatte dagegen für die Unterstützung Mélenchons votiert. Die Zeit des »demokratischen Zentralismus« ist wohl endgültig vorbei.

28 Parteilose Kandidaten hatte es schon mehrfach gegeben, doch blieben sie immer krasse Außenseiter. Bereits 1965 kandidierte ein gewisser Marcel Barbu. Er erreichte 1,1%.

für die Präsidentenwahl bekannt. Die erforderlichen Unterstützer brachte er offenbar mühe los zusammen. Er erklärte mehrfach, er sei kein Sozialist und folglich beteiligte er sich auch nicht an den Vorwahlen der sozialistischen Partei, bei denen die Chancen, nominiert zu werden, für ihn äußerst gering gewesen wären.

Da alle bisherigen Präsidenten, selbst Charles de Gaulle, erst in der Stichwahl gewählt wurden, musste man davon ausgehen, dass auch diesmal eine Stichwahl nötig sein würde.

### 3. Wahlkampf und Ergebnis

Der Wahlkampf wurde naturgemäß vor allem um die Persönlichkeiten der Kandidaten sowie die von ihnen vorgelegten Programme, aber auch um ihre Zugehörigkeit bzw. Nähe zu einer politischen Partei geführt. Von allen Kandidaten konnte Fillon auf die größte politische Erfahrung verweisen. Er schloss sich früh der gaullistischen Partei an und gehörte zu ihrem linken, sozialpolitischen und euroskeptischen Flügel. 1981 wurde er als jüngster Abgeordneter in die Nationalversammlung gewählt und seitdem immer wiedergewählt.<sup>29</sup> Seit 1981 war er ununterbrochen Abgeordneter oder Senator (2005-2007) oder Minister in verschiedenen Ressorts. Bei der Präsidentenwahl 2007 unterstützte er Sarkozy und wurde nach dessen Wahlsieg Premierminister (bis 2012).<sup>30</sup> 2012 wurde er wieder in die Nationalversammlung gewählt. Diese lange politische Erfahrung – er kommt auf kumulierte 105 Jahre als Mandats- und Amtsträger! – versuchte er gegen die politische Unerfahrenheit Macrons auszuspielen. (Dieser bringt es nur auf zwei Jahre.) Fillon trat mit einem gesellschaftspolitisch katholisch-wertkonservativen und wirtschaftspolitisch betont liberalem Programm an. Die Umfragen sahen ihn sicher in der Stichwahl und als wahrscheinlichen neuen Präsidenten. Bei den nachfolgenden Parlamentswahlen schien ein Sieg seiner Partei sicher. Der Fortbestand des bipolaren Parteiensystems, das Stabilität der Exekutive und Machtwechsel ermöglichte, schien ungefährdet.

Durch die im Januar 2017 vom »Canard enchaîné« aufgedeckte Scheinbeschäftigung von Fillons Ehefrau als ordentlich bezahlte Parlamentsassistentin, deretwegen ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet wurde, sowie weiterer »Geldgeschichten«, die ihn geradezu als geldgierig und recht großzügig bei der Anwendung von Vorschriften erscheinen ließen,<sup>31</sup> fiel er in den Umfragen deutlich zurück und verlor dadurch seine Chancen, in die Stichwahl zu kommen. Er hatte für deutliche Einschränkungen des

- 29 Aufgrund der Inkompatibilität zwischen Parlamentsmandat und Ministeramt nahm er nur zu Beginn seiner Parlamentszugehörigkeit nach der jeweiligen Wahl und während der Linksrégierungen von 1997 bis 2002 für längere Zeit sein Mandat war.
- 30 Diese in Frankreich lange Amtszeit von 5 Jahren wurde nur von Georges Pompidou übertrffen (1962-1968).
- 31 Er ließ sich von einem befreundeten Geschäftsmann zwei Anzüge für 13000€, von einem anderen eine Uhr im Wert von 10000€ schenken. Obwohl er als Premierminister die Mitglieder seines Kabinetts aufforderte, derartige Geschenke zu melden und sie in den »Besitz der Republik« übergehen zu lassen, behielt er selbst die 2009 erhaltene Uhr. Seine Frau war, auf sei-

Sozialstaats plädiert, sich selbst aber auf Staatskosten bereichert und außerdem großzügige Geschenke von vermögenden Privatpersonen angenommen. Wasser predigen und selbst Wein trinken – das passte nicht zusammen. Er war völlig unglaublich geworden. Gleichwohl hielt er, gegen Rat und Drängen von Parteifreunden, an seiner Kandidatur fest.

Der sozialistische Kandidat Hamon, der 2012 in die Nationalversammlung gewählt worden war<sup>32</sup> und von 2012 bis 2014 der Regierung angehörte, trat mit einem radikal-utopischen Programm an, das u.a. eine weitere Verringerung der Arbeitszeit vorsah und dessen meist diskutierter Punkt ein bedingungsloses Grundeinkommen von 750€ war. Damit hat er zwar die Basis und auch Sympathisanten der PS, die für idealistische, aber kaum realisierbare Vorschläge zu begeistern sind, für sich gewonnen. Im Wahlkampf fand er, eine blasse Persönlichkeit, damit jedoch wenig Anklang. In den Umfragen fiel er noch hinter Mélenchon auf den letzten Platz der fünf ernsthaften Kandidaten zurück.

Mélenchon gehörte, damals als Mitglied der PS, zeitweise dem Senat an und war Minister in der Regierung Jospin (März 2000 bis Mai 2002). Seit 2009 ist er (für die Linkspartei) Mitglied des Europaparlaments. Bekannt wurde er durch seine scharfe Kritik an Deutschland – insbesondere an der Bundeskanzlerin – und deren Europapolitik.<sup>33</sup> Er will die europäischen Verträge neu verhandeln<sup>34</sup> und bei einem voraussehbaren Scheitern sollte Frankreich aus der Eurozone austreten. Hollandes Politik hat er als neoliberal scharf kritisiert. Damit steht er glaubhafter als der PS-Kandidat für die radikale französische Linke. Im Gegensatz zu Hamon ist er eine farbige, wenn auch umstrittene Persönlichkeit mit populistischen Zügen. Als mitreißender Redner hat er im Wahlkampf seine Umfragewerte deutlich verbessert. Nur wenn sich einer der beiden linken Kandidaten zurückgezogen hätte, hätte für sie eine Chance bestanden, es in die Stichwahl zu schaffen.

Die Schwerpunkte des Wahlkampfes der FN-Kandidatin Marine Le Pen waren die Kritik an der Einwanderung, besonders von Muslimen, sowie die scharfe Kritik an der EU. Vor dem Hintergrund einer Terrorwelle verfingen ihre Parolen (»Nicht alle Muslime sind Terroristen, aber alle Terroristen sind Muslime.«) Eine multikulturelle Gesellschaft lehnt sie ab; stattdessen verlangt sie eine Assimilierung der Eingewanderten. Das Straßengebet von Muslimen hat sie einmal mit der deutschen Besatzung während des Zweiten Weltkrieges verglichen. Außenpolitisch plädierte sie für ein Ausscheiden Frankreichs aus der Eurozone sowie für ein Referendum über den Austritt Frank-

ne Bitte, bei der »Revue des Deux Mondes« als »literarische Beraterin« beschäftigt. Spuren ihrer mit 100000€ dotierten Tätigkeit finden sich kaum. Der Besitzer der Zeitschrift ist ein Freund Fillons. Dieser hatte ihn, im Amt des Premierministers, in sehr kurzer Zeit mit dem Großkreuz der Ehrenlegion »belohnt«.

<sup>32</sup> Aufgrund der Inkompatibilitätsvorschrift rückte sein Vertreter in die Nationalversammlung nach.

<sup>33</sup> Vgl. sein Pamphlet *Le hareng de Bismarck*, Paris, 2. Aufl., 2016. Als Merkel Frankreich einen entschlosseneren Reformkurs nahe legte, twitterte er (auf Deutsch!): »Maul zu, Frau Merkel.«.

<sup>34</sup> U.a. soll die EZB ihre Unabhängigkeit verlieren und Staatsschulden unbegrenzt finanzieren.

reichs aus der EU. Dafür sollten die Beziehungen zu Russland intensiviert werden. Insgesamt vertritt sie einen ausgeprägten Nationalismus, der auch die dunklen Seiten der französischen Geschichte leugnet.<sup>35</sup> Ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Vorschläge sind protektionistisch und globalisierungskritisch. Sie tritt als Verteidigerin des französischen Sozialstaates auf, als Anwältin der Arbeiter, prekär Beschäftigten, Arbeitslosen, ihrer Ängste und ihres Zorns. Damit gewinnt sie bisherige Wähler der Linken.<sup>36</sup> Es ist ihr gelungen, sich von den radikalen, vor allem antisemitischen Äußerungen ihres Vaters zu distanzieren (Strategie der »dédiabolisation«) und dadurch ihr Wählerpotential auch in bürgerlich-konservative Kreise auszudehnen. Auch gegen sie wurden Ermittlungen wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder eröffnet. Sie soll Gelder des Europaparlaments (für Parlamentassistenten) für Parteiarbeit im Präsidentenwahlkampf verwendet haben.<sup>37</sup> Ihre Sympathisanten ließen sich nicht beirren. Die Umfragen sahen sie konstant bei knapp 25% und damit in der Stichwahl.

Die größte Überraschung des Wahlkampfes war Macron, ein bis vor einigen Monaten noch ziemlich unbekannter Politiker. Mit seinem noch fast jugendlichen Charme – er ist erst 39 Jahre alt – und seinem Optimismus strahlt er ein gewisses Charisma aus, das den anderen Kandidaten fehlt (außer Mélenchon). In den Fernsehdebatten hat er eine gute Figur gemacht. Er gilt noch nicht als ein Mann des bei vielen Franzosen unbeliebten politischen Establishments. Er ist politisch nicht festzulegen und sagt von sich, er und seine Bewegung seien weder rechts noch links. Meist wird er als sozialliberal bezeichnet, wobei die liberale Komponente stärker ausgeprägt erscheint. Er sieht sich in der Linie von Rocard und Delors (beide vom rechten Flügel der PS) und er hat sich auf den Dritten Weg von Blair und Schröder berufen. Er wird von führenden Sozialisten des rechten Flügels unterstützt.<sup>38</sup> Auch Politiker der Mitte wie François Bayrou aus der christdemokratischen Tradition (Kandidat bei den Präsidentenwahlen 2002, 2007 und 2012) und vom gemäßigten Flügel der »Republikaner« haben sich ihm angeschlossen. Da mit Fillon ein Vertreter der ausgesprochen konservativen Orientierung der Republikaner und mit Hamon ein Exponent des linken Flügels der sozialistischen Partei kandidierten, wurde die politische Mitte für Macrons Kandidatur frei. Seine Wählerschaft wurde zu einem Sammelbecken für alle, die mit dem übrigen persönlichen Angebot nicht zufrieden waren und die der »Parteispiele« überdrüssig waren. Seine Bewegung erhielt raschen Zulauf und verzeichnete bald über 200000 Unterstützer. Er konnte auch ausreichend Spenden einwerben. Sein Programm sieht Reformen vor, die der Wirtschaft mehr Freiraum geben, den Wettbewerb fördern, Unterneh-

35 So hat sie die Beteiligung und Mitverantwortung Frankreichs für die Razzia unter den Juden in der Radrennbahn Vélodrome d'hiver am 16. und 17.7.1942 (»rafle du Vel' d'Hiv«) abgestritten. Chirac hatte als Präsident in seiner Rede vom 16.7.1995 die Mitverantwortung des französischen Staates dafür übernommen: »La France,...ce jour-là accomplissait l'irréparable.«.

36 Dazu Pascal Perrineau, *Cette France de gauche qui vote FN*, Paris 2017 sowie Didier Eribon, Rückkehr nach Reims, Frankfurt/M. 2016.

37 Sie weigerte sich, das Geld zurückzuzahlen, mit der originellen Erklärung, sie allein bestimme, wo sie den Kampf gegen die EU führe.

38 Im Artikel »En Marche!« von Wikipedia werden über 50 aufgeführt (Stand 29.3.2017).

mensgründungen erleichtern und die staatlichen Regulierungen reduzieren sollen. Dadurch sollen die Staatsausgaben gesenkt werden mit dem Ziel, die 3%-Defizitgrenze einzuhalten. Hinsichtlich der Einschränkungen bei den Sozialleistungen oder dem Abbau von Beamtenstellen ist sein Programm nicht so radikal wie das von Fillon. So will er die 35-Stunden-Woche nicht einfach wieder abschaffen, sondern flexibilisieren und das Renteneintrittsalter nicht anheben. Der größte Unterschied zu den Programmen der anderen Kandidaten besteht in seiner ausgesprochen positiven Einstellung zu Europa und den deutsch-französischen Beziehungen, die er weiter vertiefen will. Dabei bestehen allerdings deutliche Differenzen hinsichtlich der Wirtschaftspolitik, die er durch Deutschland stärker belebt sehen möchte.<sup>39</sup>

Bei einer Wahlbeteiligung von 77,8% im ersten Wahlgang erreichte Macron 24% und kam damit auf den ersten Platz. Erwartungsgemäß kam auch Marine Le Pen in die Stichwahl, doch ihr Ergebnis (21,3%) blieb hinter ihren Erwartungen zurück. Während Fillon (20%) und Mélenchon (19,6%) nur relativ knapp zurücklagen, kam Hamon lediglich auf 6,4%. Nur 1969, als sich die sozialistische Partei in einer Umgründungsphase (von der SFIO zur NPS und 1971 zur PS) befunden hatte, hatte ihr Kandidat noch schlechter abgeschnitten (Gaston Defferre 5%).

Während Fillon und Hamon ihre Wähler ohne Zögern aufriefen, bei der Stichwahl Macron zu wählen, warnte Mélenchon zwar vor einer Wahl Le Pens, gab aber keine Wahlempfehlung für Macron ab. Le Pen umwarb ihre Wähler mit der Aussage, sie stimme Mélenchon zu mit seiner Kapitalismus- und Globalisierungskritik und sie übernahm konkret mehrere seiner Forderungen. Außerdem gelang es ihr, den souveränistisch-antieuropäischen Kandidaten, Nicolas Dupont-Aignan, der im ersten Wahlgang 4,7% erhalten hatte, auf ihre Seite zu ziehen. Sie erklärte, ihn im Falle ihrer Wahl zum Premierminister zu ernennen.<sup>40</sup> Die Stichwahl gewann Macron deutlicher als erwartet mit 66,1%<sup>41</sup> gegenüber »nur« 33,9 % für Le Pen.

Schon mit dem ersten Wahlgang unterscheidet sich die Präsidentenwahl erheblich von den bisherigen Wahlen. Erstmals war keine der beiden Parteien, die die bisherigen Präsidenten<sup>42</sup> sowie alle Premierminister gestellt hatten, die Gaullisten und die Sozialisten, in der Stichwahl nicht vertreten. Die Kandidaten der Gaullisten (bzw. 1974 und 1981 ihres Koalitionspartners) waren bisher immer in die Stichwahl gelangt. Die Sozialisten waren nur zwei Mal daran gescheitert (1969 und 2002). Erstmals wurde ein parteiloser Kandidat gewählt, der mit 39 Jahren auch der mit Abstand jüngste der bisherigen Präsidenten ist.

Dieses Ergebnis deutet zumindest auf eine Krise, wenn nicht den Zerfall des von den Gaullisten und den Sozialisten dominierten bipolaren Parteiensystems hin. Die Kandidaten dieser beiden Parteien hatten zusammen im ersten Wahlgang nur etwas mehr als

39 So hat er den deutschen Außenhandelsüberschuss kritisiert.

40 Dupont-Aignan kommt vom Gaullismus, trat aber im Januar 2007 aus der UMP aus und gründete »Debout la France«. Er ist fraktionsloser Abgeordneter und Bürgermeister einer Stadt mit knapp 30000 Einwohnern im Südosten von Paris.

41 Ein besseres Ergebnis erzielte nur Jacques Chirac 2002 mit 82,2% gegen Jean-Marie Le Pen.

42 1974 wurde der Koalitionspartner der Gaullisten, Valéry Giscard d'Estaing gewählt.

ein Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten. Aber nicht nur das Ausscheiden des sozialistischen und des gaullistisch-konservativen Kandidaten bereits im ersten Wahlgang ist ein Symptom für einen vermutlich tief greifenden Wandel des Parteiensystems, sondern auch die Ergebnisse der vier erstplatzierten Kandidaten deuten auf ein mögliches Ende der bipolaren Struktur hin. Sie erhielten zwischen einem Viertel und einem Fünftel der abgegebenen Stimmen. Sie repräsentieren den rechtsextremen FN, die Republikaner (Gaullisten und Liberalkonservative), die radikale Linke und Macrons neue Bewegung. Auch die Sozialisten müssen noch berücksichtigt werden, denn man konnte annehmen, dass das Ergebnis Hamons nicht ihre tatsächliche Stärke spiegelte. Wie erwähnt, ordnet sich der gewählte Präsident explizit weder dem linken noch dem rechten Lager zu.

Die Frage war, ob sich die im Ergebnis der Präsidentenwahl erkennbare Auflösung des bipolaren Parteiensystems fortsetzen würde. Sollte sich ein System mit vier größeren Parteien bilden, das aber nicht mehr in zwei Lager aufgeteilt wäre? Oder sollte die Wahl zur Nationalversammlung die Bipolarität wieder herstellen, wenn auch modifiziert und eventuell in einer neuerlichen Kohabitation?

### *5. Die Wahlen zur Nationalversammlung am 11. und 18. Juni 2017*

Infolge der durch die Verfassungsänderung vom 2. Oktober 2000 von sieben auf fünf Jahre verkürzten Amtszeit des Staatspräsidenten sowie die Festlegung der Wahlen zur Nationalversammlung wenige Wochen nach der Präsidentenwahl konnte man davon ausgehen, dass die Wähler die Entscheidung, die sie bei der Präsidentenwahl getroffen hatten, bei der Parlamentswahl bestätigen und dem neu gewählten Präsidenten die zur Umsetzung seines politischen Programms nötige parlamentarische Mehrheit geben würden. Diese Annahme wurde durch die Wahlen 2002, 2007 und 2012 bestätigt. Würden die Wahlen 2017 ein ebenso »logisches« Ergebnis bringen? Würde auch der neu gewählte Präsident Macron mit seiner neuen, gerade erst gegründeten Partei »La République en Marche« (LRM) die Mehrheit in der Nationalversammlung gewinnen?<sup>43</sup>

Macron wollte sich weder nach links noch nach rechts festlegen. Er verlangte von jenen, die die Investitur seiner Partei anstrebten, nicht explizit, ihre bisherige Partei zu verlassen. Sie müssten sich jedoch politisch und administrativ der »präsidentiellen Mehrheit« anschließen.<sup>44</sup> Werden die Kandidaten für die Wahlen zur Nationalversammlung üblicherweise von den Parteigremien aufgestellt, so konnte sich bei Macrons Partei jeder mit einem Motivationsschreiben bewerben, über das eine Auswahlkommission in Paris entschied. Außerdem erklärte er, die Hälfte der Kandidaten aus der Zivilgesellschaft zu nehmen sowie in gleicher Zahl Frauen und Männer zu berücksichtigen.

43 Nach seiner Wahl zum Präsidenten trat Macron als Vorsitzender von En Marche! zurück. Die Umbenennung erfolgte am 8.5.2017..

44 Nur für Bayrous Partei MoDem machte er eine Ausnahme.

Das Ergebnis der Präsidentenwahl ließ klar erkennen, dass die Sozialisten am stärksten von einer Krise erfasst waren. Ihre innere Zerrissenheit war unübersehbar: Während der Präsidentschaft Hollandes konnten wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Gesetze gegen die Opposition des linken Flügels nur mit Hilfe des Zwangsinstruments der Vertrauensfrage nach Art. 49 Abs. 3 durchgesetzt werden. Schon bei den Zwischenwahlen seit 2012 (Europawahlen im Mai 2014, Kommunalwahlen im März 2014, Wahlen zu den Generalräten März 2015, Regionalwahlen im Dezember 2015) musste die Partei Niederlagen einstecken und fiel deutlich unter das Niveau von 2012. Der Gang in die Opposition 2017 schien unausweichlich. Aber wie stark würden die Sozialisten nach dem Debakel bei der Präsidentenwahl noch sein? Würden sie aus der Mitte-Rechts-Orientierung der Regierung Philippe Nutzen ziehen können?

Noch im Januar 2017, nach ihren Vorwahlen, erschienen die Republikaner für einen erneuten Machtwechsel bereit zu stehen. Sie hatten, trotz des Erstarkens des FN, bei den Zwischenwahlen seit 2012 deutlich besser abgeschnitten als die PS. Ein Sieg bei der Präsidentenwahl wie bei den folgenden Wahlen zur Nationalversammlung galt beinahe als Formsache. Zwar verdeutlichten die Vorwahlen, dass bei ihnen eine ausgeprägt konservative (Fillon) und eine eher gemäßigte, liberale (Juppé) Richtung unterschieden werden konnte, aber der Zusammenhalt schien nicht so stark durch ideologische Debatten gefährdet wie bei den Sozialisten. Die Affären Fillons, sein Festhalten an der Kandidatur und das Verfehlen der Stichwahl verschärften allerdings die Auseinandersetzungen. Es überraschte dann auch nicht mehr, dass einige Politiker aus ihren Reihen sich dem neuen Präsidenten zuwandten.

Der Front National hatte bei den Zwischenwahlen große Erfolge feiern können. So-wohl bei den Europawahlen (Mai 2014) wie beim ersten Durchgang der Regionalwahlen (6.12.2015) wurde er stärkste Partei. Vor allem ihm wandten sich die Protestwähler zu. Aber gerade bei den Regionalwahlen trat die Wirkung des Mehrheitswahlsystems klar zutage und offenbarte das Dilemma der rechtsextremen Partei. Obwohl der FN im ersten Wahlgang in zwei Regionen auf über 40% kam, konnte er in keinem Regionalrat die absolute Mehrheit gewinnen und damit auch keinen Regionalratspräsidenten stellen. Die republikanische Disziplin wurde beachtet und zeigte Wirkung: Die Sozialisten zogen ihre Kandidaten zurück und riefen zur Wahl des »republikanischen« Kandidaten auf. (Damit war nicht nur die Partei Die Republikaner gemeint.) Die Stichwahl der Präsidentenwahl ließ erkennen, dass diese »republikanische Disziplin« auch von der Mehrheit der Wähler weiterhin befolgt wurde. Würde sie auch verhindern, dass die FN-Kandidaten in großer Zahl in die Nationalversammlung einziehen könnten?

Für die Mehrheits- und Regierungsbildung waren nach den Wahlen zur Nationalversammlung theoretisch drei Szenarien denkbar: eine Mehrheit für den Präsidenten, eine Kohabitation oder eine Nationalversammlung ohne klare Mehrheit.

Das letztere Szenario hatte es in der V. Republik noch nie gegeben. Das Mehrheitswahlrecht ermöglichte in aller Regel eine parlamentarische Mehrheit, indem es die stärkste Partei mit zusätzlichen Sitzen »belohnte«.

Eine Kohabitation erschien allenfalls durch den Gewinn der Mandatsmehrheit durch die Republikaner möglich. Die Ernennung eines Politikers aus den Reihen die-

ser Partei zum Premierminister sowie zwei weitere in wichtige Ressorts ließ erkennen, dass Macron diese für ihn ungünstige Konstellation für die größte »Gefahr« hielt. Ihr wollte er begegnen, indem er die in der Partei erkennbaren Unterschiede in Bezug auf ihn selbst als Präsidenten und hinsichtlich seiner Politik auszunutzen suchte. So hoffte er, Abgeordnete und vor allem Wähler dieser Partei für sich zu gewinnen oder zumindest zu neutralisieren, um dadurch eine Kohabitation zu vermeiden, die ihn bei der Umsetzung seiner Vorhaben erheblich behindern würde.

Oder würde Macrons überraschender und überlegener Sieg bei der Präsidentschaftswahl seiner Partei einen Auftrieb geben, der auch eine parlamentarische Mehrheit bringen würde? Sollte er die Mehrheit nur relativ knapp verfehlten, dann konnte er noch hoffen, dass ihn eine ausreichende Zahl von Abgeordneten zumindest tolerieren würde, so dass die Gesetze zur Durchführung seiner Reformvorhaben mit Hilfe der Instrumente des »rationalisierten Parlamentarismus« beschlossen werden könnten.

Eine präsidentielle Mehrheit konnte aber auch, analog zur nach der Präsidentenwahl gebildeten Regierung, aus mehreren Parteien, von den Sozialisten bis zu den Republikanern, bestehen. Nur die Parteien am linken und rechten Rand wurden von vornherein ausgeschlossen. Dieses einige Zeit durchaus plausible Szenario mit einer von einer Schwächung oder einer Krise der beiden (ehemals) großen Parteien der V. Republik und einer starken Fundamentalopposition von ganz rechts (FN) und ganz links (La France insoumise) konnte Erinnerungen an das Parteiensystem der IV. Republik wecken. Würden sich die Instrumente des so genannten »rationalisierten Parlamentarismus« als hinreichend wirksam erweisen, um parlamentarische Mehrheiten zu erzwingen und dadurch die chronische Instabilität der IV. Republik zu vermeiden?

Die sozialistischen Minderheitsregierungen zwischen 1988 und 1993 hatten gezeigt, dass Regieren ohne Mehrheit möglich war. Diese Regierungen wurden von der kommunistischen Fraktion toleriert, so dass keiner der zahlreichen Misstrauensanträge der gaullistischen Opposition eine Mehrheit fand.<sup>45</sup> De Gaulles Aussage, die Verfassung der V. Republik sei gemacht, um auch *ohne* Mehrheit regieren zu können, wurde bestätigt.<sup>46</sup> Sollte sich in der Nationalversammlung allerdings eine Mehrheit *gegen* die Regierung bilden, dann konnte sie gemäß den Prinzipien eines parlamentarischen Regierungssystems nicht mehr weiterregieren, sondern musste zurücktreten (wie am 4. Oktober 1962 geschehen).

Das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung, an denen sich beim ersten Wahlgang nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten beteiligte (mit 51,3% die höchste Enthaltung in der V. Republik), übertraf noch Macrons Optimismus. Zusammen mit ihrem Koalitionspartner »Mouvement Démocrate« (MoDem) erreichte LRM 32,3%, weit vor den Republikanern, die mit ihrem Partner UDI auf 21,6% kamen. Sei-

45 Michel Rocard, Premierminister von 1988 bis 1991, verband 28 Mal eine Gesetzesvorlage mit der Vertrauensfrage nach Art. 49 Abs. 3. Keiner der fünf dagegen eingebrachten Misstrauensanträge fand eine Mehrheit.

46 Zitiert bei Alain Peyrefitte, *C'était de Gaulle*. Bd.3, Paris 2000, S. 88.

ne Partei übertraf sein eigenes Ergebnis bei der Präsidentenwahl (24%) deutlich.<sup>47</sup> Der FN blieb mit 13,2% deutlich hinter dem Ergebnis der Präsidentenwahl zurück und erreichte auch das Ergebnis der Parlamentswahl von 2012 (13,6%) nicht. Er hat im Vergleich zur Präsidentenwahl (erster Wahlgang) 4,7 Stimmen verloren. Auch ernüchternd sind die 11% von »La France insoumise«. Gegenüber der Präsidentenwahl (erster Wahlgang) hat Mélenchons Partei (bzw. Bewegung) 4,5 Millionen Stimmen verloren. Die PCF, die sich einst »erste Partei Frankreichs« nennen konnte, nähert sich mit 2,7% dem Nullpunkt. Die Zahl ihrer Mitglieder in ihren besten Jahren übertrifft die ihrer Wähler heute (615487). Den größten Schock mussten allerdings die Sozialisten verkraften. Mit 7,5% (mit ihren Verbündeten 9,5%) verbesserten sie das Ergebnis ihres Kandidaten Hamon bei der Präsidentenwahl nur wenig. Die Grünen (EELV) kamen auf 4,3%.<sup>48</sup> Die Linksparteien finden nur noch bei einem Viertel der Wähler Zustimmung.

Beim zweiten Wahlgang sank die Wahlbeteiligung sogar auf 42,6%, die niedrigste bei einer derartigen Wahl in der V. Republik.<sup>49</sup> Das Ergebnis war so eindeutig, dass sich alle Hoffnungen (auf eine Kohabitation) oder Befürchtungen (keine kohärente Mehrheit) als unbegründet erwiesen. Die Partei des neu gewählten Präsidenten erreichte nach dem zweiten Wahlgang eine klare absolute Mehrheit der Mandate, die aber nicht so erdrückend ausfiel wie prognostiziert. Der Mechanismus des Mehrheitswahl- systems verschaffte LRM mit »nur« 28,2% der Stimmen (im ersten Wahlgang) 308 von 577 Sitzen. Nach nur etwas mehr als ein Jahr nach der Gründung seiner Bewegung ist Macron Präsident und seine Partei hat eine klare absolute Mehrheit der Mandate in der Nationalversammlung. Sie ist nicht einmal auf ihren Koalitionspartner MoDem (4,1%, 42 Sitze) angewiesen. Eine solche friedliche »Revolution« hat es in der V. Republik bisher noch nicht gegeben.

Die konservative Partei LR konnte 113 Sitze von 194 retten und ist damit stärkste Oppositionskraft. Die Sozialisten stürzten von 280 Sitzen auf 29 ab. La France insoumise erreichte mit 17 Sitzen Fraktionsstärke.<sup>50</sup> Auch die PCF konnte mit Hilfe einiger sympathisierender Abgeordneter aus den Überseegebieten eine Fraktion bilden (16 Sitze). Der FN verbesserte sich zwar von zwei auf acht Sitze, kann aber wieder keine Fraktion bilden. Die nach dem ersten Wahlgang geäußerten Befürchtungen, es gebe gegen den Präsidenten und die Regierung keine parlamentarische Opposition<sup>51</sup>, sind keineswegs eingetreten. Neben der konservativen Opposition kann und wird sich auch die linke – gemäßigte und radikale (PS und LFI in Fraktionsstärke) – sowie die rechts-extreme des FN bemerkbar machen.

47 Wegen der geringeren Wahlbeteiligung liegt es in absoluten Zahlen aber um über zwei Millionen niedriger.

48 Alle Angaben nach dem Innenministeriums: <http://elections.interieur.gouv.fr>.

49 Berücksichtigt man noch die ungültigen und die weißen Stimmzettel, so haben nur 38,4% der Wahlberechtigten gültige Stimmzettel abgegeben.

50 Es sind 15 Abgeordnete nötig, um eine Fraktion zu bilden.

51 Vgl. die Schlagzeile auf der ersten Seite von *Le Monde* vom 13.6.2017: Macron sans opposition.

## 6. Die Zukunft des Parteiensystems: Ende der Bipolarität?

Welche Entwicklung ist von diesen Wahlen für die »etablierten« Parteien und das Parteiensystem zu erwarten? Jeder prognostizierenden Analyse haftet naturgemäß etwas Spekulatives an. Sie muss sich häufiger mit Fragen begnügen, kann allenfalls nur vorläufige Antworten geben.

Der Erfolg von Macrons neuer Partei legt die geringe gesellschaftliche Verankerung der französischen Parteien, ihre organisatorische Schwäche und ihre ideologische Zerrissenheit deutlich zutage. Der schon fortgeschrittene Abstieg der einst stärksten französischen Partei, der PCF, in die Bedeutungslosigkeit, vielleicht sogar ihr Verschwinden, erscheint unaufhaltsam. Allenfalls kann sie in einer Art neuer Linkspartei, mit Mélenchons bisheriger Partei fusionierend und unter dessen Führung, noch fortbestehen. Damit würde ein markantes Kennzeichen des französischen Parteiensystems seit 1945 verschwinden.

Der Absturz der PS ist geradezu atemberaubend. Zwischen 1981 (Sieg Mitterrands bei der Präsidentenwahl) und 2002 (Rückkehr der Gaullisten an die Macht) stellte die Partei während 14 Jahren den Präsidenten und während 15 Jahren den Premierminister. Seit 2012 hatte sie abermals die beiden wichtigsten politischen Ämter inne. Sie hatte die Mehrheit in der Nationalversammlung und im Senat, in fast allen Regionen und den meisten Départements. Sie stellte in den meisten Großstädten der Bürgermeister. Nun haben eine ganze Reihe von Politikern aus ihrer ersten Reihe (ehemalige Minister, der Parteichef, der Präsidentschaftskandidat) ihr Abgeordnetenmandat verloren. Ihre Hochburgen in Nordfrankreich sind geschleift. Ob sich die Partei von ihren herben Niederlagen und den kaum überbrückbar erscheinenden politisch-ideologischen Differenzen erholen und wieder zu einer Kraft in der französischen Politik werden wird, mit der gerechnet werden muss, ist nur schwer einzuschätzen. Man könnte auf ihre Situation Ende der 60er Jahre verweisen, als sie sich auf einem ähnlichen Tiefpunkt befunden hatte.<sup>52</sup> Damals gelang ihr die Neugründung und der Wiederaufstieg dank dem Rücktritt de Gaulles 1969 und vor allem dem politischen Geschick Mitterrands, der 1971 der neuen PS beitrat und ihr Vorsitzender wurde.<sup>53</sup> Weder ist zur Zeit eine ähnliche politische Begabung in der Partei erkennbar, nicht einmal ein Parteichef, der den erschütterten Zusammenhalt wiederherstellen und die Partei aus ihrem Tief herausführen könnte, noch zeichnet sich eine ernste Krise in Macrons Partei ab. Vor allem muss sich die Partei auf eine klare politische Linie und eine Strategie einigen: Will sie sozialdemokratisch-reformistisch sein, dann kann sie zumindest teilweise mit Macron zusammenarbeiten. Oder sucht sie eher ein Bündnis mit der radikalen Linken um Mélenchon? Abspaltungen drohen. Die traditionelle soziale Basis der PS, die Arbeiterschaft

52 Bei der Parlamentswahl im Juni 1968 erreichte sie, trotz des großen Erfolges der Gaullisten, zusammen mit der verbündeten linksliberalen Parti radical als Fédération de la Gauche immerhin noch 16,5% und 57 Sitze. Bei der Präsidentenwahl 1969 schied ihr Kandidat Gaston Defferre mit 5% im ersten Wahlgang aus.

53 Genau 46 Jahre vor dem diesjährigen ersten Durchgang der Wahl zur Nationalversammlung begann der Parteitag von Epinay, der Start war für die neue und erfolgreiche Phase der PS.

und die Angestellten der unteren Ebenen sind von der linken Konkurrenz (La France insoumise) und dem FN verführt. Das Prekariat erreicht die Partei schon kaum noch. Zusätzlich kommen gravierende finanzielle Probleme auf die Partei zu, da die staatliche Parteienfinanzierung von den Wahlergebnissen abhängt.

Die PS ist am Boden; die »Republikaner« haben »nur« eine deutliche Wahlniederlage zu verkraften, denn sie bleiben immerhin stärkste Kraft der Opposition. Aber während die Sozialisten mit einem Gang in die Opposition rechnen mussten, wurden bei den Republikanern noch vor einem halben Jahr begründete Hoffnungen auf die Rückkehr an die Macht in einer Weise zerstört, auf die sie nicht vorbereitet waren. Ihr Zusammenhalt ist durch den Präsidenten und die Politik, die er verfolgen wird, gefährdet, denn ein Teil der Partei ist zur Zusammenarbeit bereit, ein anderer lehnt sie ab.<sup>54</sup> Der rechte Flügel scheint einem Zusammengehen mit dem FN nicht abgeneigt, vorausgesetzt, die Rechtspopulisten gehen von einer Fundamentalopposition ab. Wo findet die Partei ihren Platz im politischen Spektrum? Im Zusammenhang mit der einzuschlagenden politischen Linie stehen auch die Republikaner vor einem Führungsproblem. Auch sie treffen die finanziellen Einbußen hart.

Das Abschneiden des FN ist sowohl bei der Präsidentenwahl wie bei der Wahl zur Nationalversammlung hinter den durch Umfragen genährten Hoffnungen zurückgeblieben. Im Vergleich zu den Regionalwahlen vom Dezember 2015 ist ihr Ergebnis halbiert. Allerdings darf man aus der geringen Zahl ihrer Abgeordneten nicht den voreiligen Schluss ziehen, mit der Partei wäre es demnächst zu Ende. Abzuwarten bleibt, ob und wie die Differenzen sowohl in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wie in der Europapolitik (Austritt aus der Eurozone oder nicht) überbrückt werden. Auch bei ihr drohen sich die Geldsorgen zu verschärfen.

Die radikale Linke, die Kommunisten und Mélenchons »France insoumise«, hat zwar Fraktionsstärke erreicht, aber sie hat keinen Anlass zum jubeln, denn die Parlamentswahl erfüllt nicht die durch die Präsidentenwahl geweckten Erwartungen. Aber sie kann sich immerhin gestärkt fühlen für eine Opposition, die sie, da sie im Parlament wirkungslos bleiben dürfte, auch auf der Straße manifestieren wird.

Bleibt die Zukunft der Macron-Partei LRM. Sie steht und fällt mit dem politischen Erfolg des Präsidenten. Sie hat sich mit einer atemberaubenden Geschwindigkeit entwickelt. Die ernsthafte politische Probe steht ihr noch bevor. Wird sich die heterogene Gruppierung auf eine einigermaßen klare und kohärente Programmatik einigen können? Wird sich die Parlamentsfraktion mit sehr vielen neuen und unerfahrenen Abgeordneten politisch bewähren? Wird die Partei die organisatorische Stabilität gewinnen, die ihr erst eine dauerhafte Existenz ermöglicht? Die finanzielle »Belohnung«, die sie für ihren Wahlerfolg einstreichen kann, wird dabei hilfreich sein. Vor allem: Gelingt dem Präsidenten eine Reformpolitik, die von einer Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert und honoriert wird? Oder wird die Opposition der »Straße«, die sich gegen die

54 Macrons Partei hatte in den Wahlkreisen der grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit dem Präsidenten bereiten Kandidaten (»macroncompatibles«) keine eigenen Kandidaten aufgestellt. Die Fraktion hat sich inzwischen gespalten.

als neoliberal gebrandmarkte Politik ankündigt (etwa gegen die geplante Arbeitsrechtsreform) die Oberhand behalten? Um eine derartige Konfrontation, die es in Frankreich schon mehrfach gegeben hat, zu vermeiden, werden Präsident, Regierung und parlamentarische Mehrheit bei der marktorientierten Reformpolitik die soziale Seite nicht vernachlässigen dürfen. Ansonsten werden Kampagnen gegen den »Kandidaten der Elite«, den Investmentbanker und Freund der Globalisierung auf fruchtbaren Boden fallen.

Die die V. Republik strukturierende Konkurrenz zwischen dem linken und dem rechten Lager mit einer jeweils dominierenden Partei – Sozialisten und Gaullisten – gehört erst einmal der Vergangenheit an. Die beiden Parteien haben die Franzosen in den vergangenen Jahren enttäuscht. Können sie sich so regenerieren, dass sie bei den Wählern wieder größeren Zuspruch finden? Ist also die Bipolarität, in modifizierter Form, wiederherzustellen?

Oder werden sich die grundlegenden Verschiebungen als dauerhaft erweisen? Kann Macrons Selbstpositionierung – weder rechts noch links –, das ja noch nicht verschwundene Lagerdenken überwinden? Wird die neue Partei, falls Macrons Präsidentschaft ein Erfolg wird, dem sozial abgefederten Liberalismus im politischen Spektrum zu einem wichtigeren Platz verhelfen als bisher?<sup>55</sup> Alle Versuche des politischen Zentrums, eine eigenständige, die Politik maßgeblich mitprägende politische Kraft in der V. Republik zu werden, sind bisher gescheitert. Kann es aus dem überraschenden Erfolg von Bayrous Partei Modem (42 Abgeordnete) neue Hoffnung schöpfen? Wird die bisher konfliktgeprägte politische Kultur in stärkerem Maße Elemente einer Kultur des Konsens aufnehmen? Ist eine Regierung der Mitte, so das erklärte Ziel Macrons, mit dem Institutionengefüge, einem die Politik dominierenden Staatspräsidenten und dem Mehrheitswahlsystem, wenn auch modifiziert durch die Beifügung einer »Dosis« Verhältniswahl, dauerhaft vereinbar? Die letzte Frage reicht über den engeren politischen Bereich hinaus: Wird es dem neuen Präsidenten, seiner Regierung und seiner parlamentarischen Mehrheit gelingen, die Vertrauenskrise der Bürger gegenüber Politikern und Parteien, vielleicht sogar gegenüber der parlamentarischen Demokratie zu überwinden, die in einer teils erklärbaren, aber doch beunruhigend hohen Wahlenthaltung zum Ausdruck gekommen ist?

### *Zusammenfassung*

Das hervorstechende Merkmal des Parteiensystems der V. französischen Republik ist seine bipolare Struktur. Auf der Linken wie der Rechten gab es bisher eine dominierende Partei, die sozialistische und die gaullistische bzw. konservative. In Koalitionen mit einer oder mehreren kleineren Parteien stellten sie die bisherigen Staats- und Regierungschefs und dominierten die Politik. Diese Struktur ist wesentlich bedingt durch das absolute Mehrheitswahlsystem bei der Präsidenten- wie der Parlamentswahl sowie durch die Funktionsweise der Institutionen.

55 Giscard d'Estaings einschlägige Bemühungen haben keine bleibenden Spuren hinterlassen.

Bei der Präsidentenwahl 2017 hat erstmals kein Kandidat der beiden Parteien die Stichwahl erreicht. Gewählt wurde der parteilose Emmanuel Macron. Seine neu gegründete Partei La République en Marche (LRM), die sich weder eindeutig links noch rechts positionieren will, gewann bei der nachfolgenden Parlamentswahl die absolute Mehrheit der Sitze. Dieser überraschende und deutliche Sieg belegt die schwache gesellschaftliche Verankerung der Altparteien, ihre organisatorischen Defizite und ihre ideologische Zerstittenheit.

Kann sich eine Partei der Mitte gegen die Zwänge des Wahl- und des Institutionensystems auf Dauer behaupten? Oder erholen und erneuern sich die beiden bisher dominierenden Altparteien und stellen die die V. Republik tragende bipolare Struktur wieder her?

### *Summary*

The outstanding characteristic feature of the French Fifth Republic's party system is its bipolar structure. Up to now, there has been one dominating party on the Left and on the Right, the socialists and the gaullists (respectively the conservatives). In coalitions with one or more smaller parties, these two parties won every election and so controlled French politics. Every president and every prime minister belonged to one of these two parties. The bipolar structure is, above all, determined by the system of majority vote and by the way the institutions work, particularly the so-called rationalized parliamentarism.

In the presidential elections of 2017, for the first time ever, none of the candidates of these two parties succeeded in participating in the run-off ballot. Emmanuel Macron, who was not a member of any party, won these elections. In the following parliamentary elections, his newly founded party, La République en Marche (LRM), won the absolute majority of seats. The large and unexpected success of Macrons recently founded party proves the lowly social rootedness of the old parties, her weak organization and her ideological quarreling.

Is it possible that, in the long run, a party of the political centre is able to surmount the constraints of the electoral system and the restrictions of the institutions being unchanged? Or will the established parties bring their crises to an end and restore the bipolar structure?

*Adolf Kimmel, The Elections in France and the Future of the French Party System*